

Achtung Manuskript ohne Fehlerkorrektur

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Kreishaushalt 2014 ist erneut sehr gut gelungen. Der Kreis Warendorf baut Schulden ab, sorgt für die Lasten der Zukunft durch den Pensionsfond vor und entlastet die Städte und Gemeinden spürbar.

Die politischen Rahmenbedingungen für diesen Erfolg haben wir als FDP wesentlich geprägt. Im Kreis Warendorf zeigt sich, dass vernünftige Haushaltspolitik möglich ist. Nur wenn es uns gelingt Maß zu halten und nicht den Verlockungen unnötiger Wahlgeschenke oder politisch motivierter Zusatzausgaben zu verfallen, werden wir auch in Zukunft in der Lage sein die Lebensqualität im ländlichen Raum sicher zu stellen. Gerade in Flächenkreisen wie unserem stellt dies die Politik in der Zukunft vor immer größere Herausforderungen.

Trotzdem wird der ländliche Raum, wie auch der Kreis Warendorf, in der letzten Zeit immer wieder Ziel unerträglicher Neid-Rhetorik von Rot-Grün. Von der Mehrheit des Düsseldorfer Landtags wird das solide

wirtschaften vieler ländlicher Kommunen im Münsterland offensichtlich nicht gerne gesehen.

Warum sonst würde die rot-grüne Landesregierung eine Abundanzabgabe, gerne verbrämt als Kommunal-Soli, erheben. Lassen sie mich eins klarstellen: den überschuldeten Gemeinden in NRW muss geholfen werden. Das aber auf Kosten von gut wirtschaftenden Gemeinden erreichen zu wollen, ist perfide und geradezu eine Aufforderung, schlecht zu wirtschaften.

Weder Everswinkel, noch Oelde oder Sendenhorst schwimmen im Geld. Im Gegenteil. Es handelt es sich um Kommunen die ausweislich unseres Kreisentwicklungsprogramms vor großen Herausforderungen stehen und Strategien für den Umgang mit dem demografischen Wandel erarbeiten müssen. Dies wird aber nicht gelingen, wenn die Landesregierung den Kommunen das Geld entzieht um es den Ruhrgebietskommunen zuzuschustern.

Zum Beispiel der Stadt Essen. Essen wird, unter anderem aus Everwinkel, Oelde und Sendenhorst 90 Millionen Euro Solidaritätsumlage erhalten. Geld, das unseren solide wirtschaftenden Kommunen entzogen wird.

Die Stadt Essen jedoch repariert damit nicht etwa das Dach ihres Rathauses, wie es die Ahleener gerne tun würden, sie baut auch keine zusätzlichen Kitas, wie es die Kommunen im Kreis Warendorf in den letzten Jahren vorbildlich getan haben.

NEIN! Die Stadt Essen leistet sich von dem Geld der solide wirtschaftenden Kommunen zum Beispiel einen Ökostrom-Tarif, der 133.000 Euro Aufpreis kostet.

Auch den Neubau des Essener Fußballstadions müssen die Geber-Kommunen indirekt mit bezahlen. Für das neue Stadion des gerade aus der Insolvenz geretteten Viertligisten Rot-Weiß Essen, stellt die Stadt Essen 27,9 Millionen Euro bereit, die jetzt an anderer Stelle fehlen.

Als Nächstes will die Stadt ihre Messe für 123 Millionen Euro umbauen.

Und für ihre Beteiligung an der Kampagne "Fair Trade Towns" stellt Essen Verwaltungskapazitäten ab, deren Kosten sie aber leider nicht beziffern will. Jedenfalls wird im Essener Rathaus jetzt nur noch fair gehandelter Kaffee ausgeschenkt.

Mit freundlichen Unterstützung der Menschen aus dem Kreis Warendorf.

Ein Ansinnen, welches auch hier im Kreistag auf betreiben der Grünen bereits auf der Agenda stand und aus guten Gründen abgelehnt wurde.

Und zu guter Letzt investiert die Stadt aktuell noch einen dreistelligen Millionenbetrag in den Kauf des Energieversorgers STEAG. Ein völlig unnötiges und riskantes Spiel mit öffentlichem Geld. – Hier im Gremium muss ich ja niemandem erzählen, dass Unternehmensbeteiligungen in öffentlicher Hand bestimmte Unwägbarkeiten mit sich ziehen...

Dadurch das Essen trotzdem mit dem Geld aus Everswinkel, Oelde und Sendenhorst rechnen kann, überstrapaziert die rot-grüne Landesregierung die kommunale Solidarität!

Alle Sparbemühungen die wir hier im Kreistag und in den Räten seit Jahren an den Tag legen, werden mit einer solchen Politik über Nacht zur Makulatur.

Und damit nicht genug.

Im Gemeindefinanzierungsgesetz sind die Finanzmittel nicht nur ungerecht verteilt, sondern auch falsch berechnet. Beim so genannten Flächenansatz hält sich die Landesregierung noch nicht einmal an die Vorgabe ihres eigenen Gesetzestextes. Darüber hinaus ignoriert der Innenminister, dass zahlreiche Experten den Soziallastenansatz als massiv überhöht und sachlich nicht nachvollziehbar bezeichnet haben. Bei der so genannten Einwohnerveredelung hält die Landesregierung an völlig veralteten und rechtlich zweifelhaften Grundlagen fest. Und beim Bildungs- und Teilhabepaket wird mit einer Pauschalabrechnung zu Ungunsten der Münsterlandkreise gearbeitet.

Für diese unfaire und ungerechte Behandlung der kommunalen Familie wird sich die Landesregierung politisch und rechtlich verantworten müssen. Die FDP unterstützt bei dieser Problematik die von meinem Kollegen Karl-Wilhelm Hild vorgetragene Forderung nach einer Klage gegen die Landesregierung.

Und das Plus, dass dem Haushalt des Kreises Warendorf jetzt zufließt und uns die Lage versetzt die Städte und Gemeinden bei der Kreisumlage um 0,4 Prozentpunkte zu entlasten, ist, anderes als Frau Arnkens-Homann es uns weiß machen möchte, kein Geldseegen den die rot-grüne Landesregierung aus Nettigkeit verteilt, sondern lediglich Logik des gestehenden Gesetzes. Kommunalfreundlich, abgesehen mal von der schamlösen Überförderung der Ruhrgebietskommunen, ist diese Landesregierung nicht!

Stattdessen wird getrickst. Durch einen planmäßig angelegten Bilanztrick hat Innenminister Jäger die desolate Finanzlage der Kommunen auf dem Papier weggewischt. Noch im Jahr 2011 befanden sich 144 Kommunen im Nothaushalt und damit unter der Aufsicht des Landes. Ende 2012 waren es plötzlich nur noch 29 Kommunen.

Dies ist aber weder ein Verdienst der Landesregierung noch das Ergebnis einer wundersamen Spontangesung der Kommunal Finanzen. In Wahrheit hat Rot-Grün den Kommunen durch eine Gesetzesänderung lediglich die Möglichkeit verschafft, den Haushaltsausgleich von 4 auf 10 Jahre zu strecken. Hierdurch fallen die meisten Städte trotz ihrer miserablen Finanzlage nicht mehr unter das Nothaushaltsrecht. Geholfen ist damit niemandem.

Und wenn die SPD Kreistagsfraktion jetzt so laut jubelt, dass die Kreisumlage um 0,4 Prozentpunkte gesenkt werden konnte, möchte ich auch anmerken, Ihr Verdienst ist auch das nicht! Es ist der Verdienst einer soliden Haushaltspolitik im Kreis für die die FDP seit Jahren steht.

Allein die Kosten des Sozialtickets, wegen dessen nicht Einführung SPD und Grüne den Haushalt im letzten Jahr abgelehnt haben, würde in diesem Jahr Kosten in Höhe von mindestens 0,1 Prozentpunkten verursachen.

Das zeigt wie wichtig eine solide Haushaltspolitik, wie von der FDP stets eingefordert, für die Zukunft des Kreises ist. Bei allen Steinen die uns die Landesregierung in den Weg legt muss das Ziel ein schuldenfreier Kreis Warendorf sein. Und die FDP ist der Garant dafür, dass dieses Ziel nicht aus den Augen verloren wird.

Ein anderer Garant für den Erfolg ist unser Landrat Dr. Olaf Gericke. Vor sieben Jahren als gemeinsamer Kandidat von CDU und FDP ins Rennen geschickt und bekanntlich auch Wahlsieger, hat Dr. Gericke entscheidend dazu beigetragen, dass der Kreis Warendorf als Ganzes und nicht nur finanziell erfolgreich ist. Er hat dazu beigetragen, dass der Kreis so kommunalfreundlich ist wie nur wenige in NRW und die Städte und Gemeinden, bei allen natürlichen Reibereien, sicherlich gerne dem Kreis Warendorf angehören.

Wir haben gemeinsam wichtige und große politische Projekte wie das Jobcenter, den Vertrag mit der Verbraucherzentrale, ein ambitioniertes Sparprogramm in 2011 und vieles mehr umgesetzt.

Wir haben als FDP-Fraktion in der gesamten Zeit gut und gerne mit Ihnen, Herr Dr. Gericke, zusammengearbeitet. Daher werde ich als Fraktions- und Kreisvorsitzender der FDP den Gremien meiner Partei mit Überzeugung vorschlagen, sie auch 2014 bei der Kommunalwahl zu unterstützen.

Vielen Dank!